

„Gemeinsam verantwortlich – Die Rolle der Zivilgesellschaft in einer stabilen Demokratie“

Bericht über die Veranstaltung des Kulturrats NRW vom 24.11.2025 in der Fritz Thyssen Stiftung, 50672 Köln

Die Veranstaltung „Gemeinsam verantwortlich – Die Rolle der Zivilgesellschaft in einer stabilen Demokratie“ des Kulturrats NRW am 24. November 2025 in der Fritz Thyssen Stiftung in Köln widmete sich der Frage, wie eine Gesellschaft mit den zunehmenden Angriffen auf demokratische Werte umgehen und welche Rolle insbesondere Kultur und Sport dabei spielen können. Bereits zu Beginn wurde deutlich, dass die Ausgangslage von vielen als besorgniserregend wahrgenommen wird: Eine stabile Demokratie gilt als Voraussetzung für eine offene und vielfältige Gesellschaft, doch genau dieses Fundament scheint angesichts extremistischer, antisemitischer und rassistischer Übergriffe ins Rutschen geraten zu sein. Zudem verschärfen polarisierende Debatten, Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und der Zulauf zu rechtsextremen Parteien die gesellschaftliche Situation. Die zentrale Frage des Abends war, so Lorenz Deutsch, Vorsitzender des Kulturrats NRW, wie mit verfassungsfeindlichen Tendenzen umzugehen sei, wie eine konstruktive Gesprächskultur wiederbelebt und wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gefestigt werden könne.

NRW-Innenminister Herbert Reul eröffnete mit einem persönlichen und deutlichen Impuls, in dem er die Notwendigkeit betonte, Vertrauen in staatliches Handeln durch konsequentes, ehrliches und sichtbares Handeln zurückzugewinnen. Reul schilderte, wie wichtig es sei, Probleme offen anzusprechen, ohne sie zu instrumentalisieren oder zu verschweigen, da beides das Vertrauen der Bevölkerung untergrabe. Offenheit über Kriminalitätsentwicklungen sei kein politisches Spiel, sondern Voraussetzung, um Zugang zu den Menschen zu behalten. Politische Kommunikation müsse stärker von realistischen Schritten geprägt sein und weniger von großen Ankündigungen, da sichtbare Ergebnisse, auch wenn sie klein seien, Vertrauen erzeugten.

Reul berichtete von seinen Erfahrungen mit der Polizei, deren Mitglieder er bei ihrer Vereidigung gerne an die Bedeutung des Grundgesetzes erinnere. Er schilderte anschaulich, wie der Alltag im Polizeidienst junge Menschen unmittelbar mit gesellschaftlichen Konflikten konfrontiert und wie wichtig dabei eine klare, menschenwürdige Haltung sei. Die Erzählung über emotional belastende Situationen sowie über das Ringen um den Umgang mit rechtsextremen Vorfällen innerhalb der Sicherheitsbehörden unterstrich seine Botschaft, dass Glaubwürdigkeit und Konsequenz unverzichtbar seien.

Reul wandte sich dem gesellschaftlichen Engagement zu und schilderte, wie viele Menschen in Krisen – bei der Ahrflut, in der Flüchtlingshilfe, während der Pandemie – Verantwortung übernehmen und Solidarität zeigen. Diese Beispiele dienten ihm als Beleg dafür, dass die Gesellschaft keineswegs passiv sei und dass das demokratische Fundament noch stark sei. Diese Kräfte müssten sichtbarer werden, um der destruktiven Dynamik der Polarisierung etwas entgegenzusetzen. Reul rief dazu auf, eine gesellschaftliche Erzählung zu entwickeln, die Demokratie nicht nur defensiv schützt, sondern auch positiv darstellt. Er kritisierte, dass kaum jemand begeistert vom Rechtsstaat spreche, während man stets laut werde, wenn etwas schief laufe.

Zum Schluss machte Reul deutlich, wie sehr ihn die anstehende Landtagswahl und der wachsende Einfluss der Rechtsextremen umtreibe. Er erklärte, dass man jene Menschen zurückholen müsse, die sich abgewandt hätten, bevor sie endgültig verloren seien. Er sprach davon, dass er drei Kinder und vier Enkelkinder habe und nicht bereit sei, zuzusehen, wie Rechtsextreme das Gemeinwesen übernehmen könnten. Für ihn ist Demokratie kein abstraktes

Konstrukt, sondern ein täglicher Kampf um Vertrauen, Haltung, Menschlichkeit und praktische Lösungen im Kleinen.

Im Anschluss zeichnete Prof. Dr. Beate Küpper ein wissenschaftlich fundiertes Bild der aktuellen gesellschaftlichen Dynamiken. Vor wenigen Wochen hatte sie die Studie „Die angespannte Mitte“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt. (Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros und Marco Eden (Hrsg.): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 1924/25, 2025.) Küpper zeigte auf, wie sich rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen zunehmend normalisierten und wie stark sie inzwischen in den gesellschaftlichen Raum hineinwirken. Küpper beschrieb die Strategien der alten und neuen Rechten als Mischung aus gezielter Verunsicherung, Verschwörungserzählungen, Mimikry und dem Versuch, demokratische Begriffe umzudeuten. Sie wies darauf hin, dass viele Menschen, die rechtsextreme Positionen vertreten oder unterstützen, sich selbst zugleich als demokratische Mitte wahrnehmen – eine gefährliche Selbstverortung, die durch digitale Echokammern verstärkt werde.

Küpper wies darauf hin, dass sich trotz allgemeiner Lebenszufriedenheit ein wachsendes Misstrauen gegenüber demokratischen Verfahren entwickle, das durch globale Krisen, wirtschaftliche Verunsicherung und internationale Entwicklungen – etwa in den USA – verstärkt werde. Die Zivilgesellschaft sei vielerorts erschöpft und bedroht, besonders in Regionen, in denen demokratisches Engagement nicht mehr selbstverständlich geschützt sei. Gleichzeitig gebe es viele Ansatzpunkte: Stärkung der Jugendarbeit, politische Bildung, der Mut zur klaren Haltung und verlässliche Strukturen der Unterstützung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Heike Herold, Thomas Krüger und Julian Lagemann, moderiert von Anke Bruns, wurden die zuvor angesprochenen Themen aus Sicht von Kultur, Bildung und Sport vertieft. Krüger betonte die dramatische Schwächung der schulischen politischen Bildung und verwies darauf, dass politische Bildung oft nur jene erreiche, die ohnehin bereits politisch interessiert seien. Er forderte kluge Kooperationen und eine größere Aufmerksamkeit für digitale Räume, in denen politische Sozialisation längst stattfinde. Lagemann hob hervor, dass sportliche Vereine wichtige Orte des gesellschaftlichen Miteinanders seien, in denen demokratische Prozesse gelebt würden – etwa in der Frage, wie Teams Entscheidungen treffen. Allerdings müssten Vereine besser ausgestattet und in der Abwehr extremistischer Unterwanderungsversuche gestärkt werden.

Heike Herold, Stellvertretende Vorsitzende des Kulturrats NRW, wiederum machte deutlich, dass der Kulturbereich demokratische Aushandlungsprozesse traditionell lebe, oft jedoch um Ressourcen kämpfen müsse und politisch nicht immer gehört werde. Sie verwies auf die Bedeutung der Kulturorte, die Räume bieten, in denen Gesellschaft miteinander ins Gespräch kommen könne. Julian Lagemann, Landessportbund NRW, nannte eine Reihe von Beispielen, wie Sportvereine für Jugendliche zu Stätten demokratischer Erfahrungen werden können.

Aus dem Publikum kamen zahlreiche Beiträge, die die Vielschichtigkeit des Themas unterstrichen. Mehrere Stimmen plädierten für eine Stärkung von Jugendeinrichtungen und kreativen Bildungsfächern. Andere warnten vor Vereinfachungen, etwa indem rechtsextreme Entwicklungen allein als Folge sozialer Benachteiligung interpretiert würden. Lorenz Deutsch sprach das Problem der „Mehrheitssimulation“ in sozialen Medien an, das heißt der digitalen Erzeugung vermeintlicher Mehrheiten, die politische Diskurse verzerren können. Es sei entscheidend, die breite, oft schweigende Mehrheit sichtbar zu machen und nicht den lautesten Stimmen das Feld zu überlassen.

In der Diskussion meldete sich Matthias Hornschuh, Vizepräsident des Landesmusikrats NRW, mit mehreren Einwürfen zu Wort, in denen er die Rolle von Kultur, Bildung und internationalen Entwicklungen zuspitzte. Er kritisierte zunächst deutlich, dass in der politischen und öffentlichen Debatte häufig ein übermäßiger Fokus auf Clankriminalität gelegt werde, obwohl aus seiner Sicht andere Bedrohungen weitaus gravierender seien. Er verwies auf geopolitische Entwicklungen und äußerte seine Irritation darüber, dass die Europäische Kommission just an diesem Tage dabei war – wie er es formulierte – „vor den Amerikanern einzuknicken“ und Kontrolle über Digitale Tech-Konzerne aufzugeben, um den Export von Stahl zu sichern. Damit machte er deutlich, dass Demokratieverfall und gesellschaftliche Verunsicherung nicht allein aus innerstaatlichen Verhältnissen erklärbar seien, sondern auch aus internationalen Machtverschiebungen, wirtschaftlichen Abhängigkeiten und digitalen Regulierungsdefiziten. Sein Beitrag zielte darauf ab, die Dimension des Problems zu erweitern: Für ihn besteht eine der größten Herausforderungen darin, dass westliche Demokratien sich auf globaler Ebene institutionell und strukturell schwächen lassen und dadurch im Inneren an Boden verlieren.

Hornschuh erinnerte daran, dass der humanistische Bildungsbegriff bereits vor Jahrzehnten zugunsten eines funktionalistischen Verständnisses aufgegeben worden sei. Diese Entwicklung habe nach seiner Wahrnehmung dazu geführt, dass junge Menschen seltener kulturelle Orte aufsuchen und dort Erfahrungen machen, die sie in ihrer Selbstreflexion stärken könnten. Er warnte davor, Kultur auf eine ästhetische oder touristische Funktion zu reduzieren und betonte, dass kulturelle Begegnungen und künstlerische Prozesse für den demokratischen Charakter einer Gesellschaft essenziell seien. Dass dieser Bildungsansatz so geschwächt worden sei, sei aus seiner Sicht ein strategischer Fehler, dessen Auswirkungen heute sichtbar würden.

An Ausführungen Hornschuhs knüpfte später Christian Esch, ehem. Direktor des NRW Kultursekretariats, an, der die Diskussion um gesellschaftliche Ursachen demokratischer Erosion weiter vertiefte. Er hob hervor, dass man zu wenig über strukturelle Ungleichheit spreche und dass eine gerechtere Verteilung materieller Ressourcen wesentlich sei, um verlorenes Vertrauen in demokratische Institutionen zurückzugewinnen. Esch kritisierte, dass zu selten offen über Vermögensverteilung, Besteuerung und die Dominanz finanzwirtschaftlicher Interessen gesprochen werde, etwa über die Machtmechanismen an der Börse oder die politische Wirkung von Kapitalakkumulation. Wenn die Zivilgesellschaft und politische Akteure solche grundlegenden Fragen nicht adressierten, verliere man an Glaubwürdigkeit. Für Esch ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ökonomischer Gerechtigkeit ein Schlüssel, um gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und rechtsextremen Strömungen den Boden zu entziehen.

Beate Küpper reagierte auf Eschs Intervention mit einer Differenzierung. Sie bestätigte, dass ökonomische Faktoren eine Rolle spielen, betonte jedoch, dass sie aus wissenschaftlicher Perspektive häufig überschätzt würden. Sie verwies darauf, dass der Zusammenhang zwischen Einkommen und der Hinwendung zu rechtsextremen Haltungen komplex sei und eher über subjektive Wahrnehmungen als über objektive Einkommenshöhen verlaufe. Besonders relevant sei das Gefühl relativer Benachteiligung, das sich oft weniger aus materieller Not speise als aus Vergleichen, aus dem Eindruck, zu kurz zu kommen oder Kontrolle zu verlieren. Küpper wies darauf hin, dass rechtsextreme Wählerinnen und -Wähler im Durchschnitt nicht diejenigen seien, die soziale Gerechtigkeit einforderten, sondern häufig Personen mit starken neoliberalen Wertvorstellungen, die sich eher nach oben als nach unten orientierten. Sie betonte, dass der Wunsch nach Autorität, kultureller Homogenität und Ordnung oft stärker sei als die Absicht, ökonomische Ungleichheit auszugleichen. Damit korrigierte sie die verbreitete Annahme, Rechtsextremismus sei vor allem eine Reaktion auf materielle Deprivation, und zeigte auf, dass

Bildung, politische Sozialisation und gefühlte gesellschaftliche Positionen häufig entscheidender seien.

Der Austausch zwischen Esch und Küpper verdeutlichte, wie unterschiedlich die Analyseebenen sind, auf denen die Ursachen demokratischer Instabilität betrachtet werden können. Hornschuhs Hinweise auf kulturelle und geopolitische Dimensionen, Eschs Fokus auf wirtschaftliche Ungleichheit und Küppers wissenschaftliche Einordnung der psychologischen und sozialen Mechanismen ergänzten sich zu einem vielschichtigen Bild, das die strukturelle Komplexität des Problems sichtbar machte. Die Diskussion zeigte, dass die Krise der Demokratie weder monokausal erklärbar ist noch mit einfachen Erzählungen bearbeitet werden kann. Sie erfordert ein Zusammendenken von Kultur, Bildung, sozialer Gerechtigkeit, globaler Ordnungspolitik und psychologischen Dynamiken – genau jenes Zusammenspiel, das der Abend immer wieder hervorhob.

In der Schlussrunde formulierten die Podiumsteilnehmenden prägnante Kernanliegen: Demokratische Bildung müsse in allen gesellschaftlichen Bereichen gestärkt, Neutralitätsfiktionen überwunden und die normative Grundlage der Verfassung aktiver verteidigt werden. Die Soziokultur müsse wieder als zentraler Bestandteil demokratischer Infrastruktur verstanden werden. Küpper rief dazu auf, die vielen bestehenden Initiativen zu vernetzen und auch Wirtschaftsakteure einzubinden, die sich zunehmend um die Stabilität der Demokratie sorgten. Gemeinsam wurde deutlich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit und auch kein fertiges Produkt ist, sondern eine Verantwortungsgemeinschaft, zu der jede und jeder beitragen muss.

Robert v. Zahn, Landesmusikrat NRW, 25.11.2025